



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 8 - V - 1 1 - 3 0 0 1**  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: **Dezernat(e) I/11**

**Personalmehrbedarf bei dem Personal- und Organisationsamt**  
**Anlage/n siehe Seite 3**

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

<b>Personal- und Organisationsamt</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
<b>Kämmerei</b>	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
<b>Rechtsamt</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
<b>Umweltamt: Umweltprüfung</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
<b>Frauenbeauftragte nach - dem HGIG</b>	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
<b>- der HGO</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
<b>Straßenverkehrsbehörde</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
<b>Projekt-/Bauinvestitionscontrolling</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
<b>Sonstige:</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

## DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

<b>a)</b>	<b>Ortsbeirat</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	<b>Kommission</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	<b>Ausländerbeirat</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
<b>b)</b>	<b>Seniorenbeirat</b>	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	<b>Magistrat</b>	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	<b>Stadtverordnetenversammlung Ausschuss</b>	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

## Bestätigung Dezernent

G e r i c h  
Oberbürgermeister

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz  
Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2018	Personalkosten	170.644	170.644		1100079		Personalbetreuung
	X	2018	Arbeitsplatzkosten	38.889	38.889		1100079		Personalbetreuung
	X	2018	Personalkosten	44.357	44.357		1100083		Organisation und Amtssteuerung
	X	2018	Arbeitsplatzkosten	9.285	9.285		1100083		Organisation und Amtssteuerung
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>263.175</b>	<b>263.175</b>	<b>263.175</b>			

	X	2019 ff	Personalkosten	341.289	341.289		1100079		Personalbetreuung
	X	2019 ff	Arbeitsplatzkosten	77.778	77.778		1100079		Personalbetreuung
	X	2019 ff	Personalkosten	88.714	88.714		1100083		Organisation und Amtssteuerung
	X	2019 ff	Arbeitsplatzkosten	18.571	18.571		1100083		Organisation und Amtssteuerung
<b>Summe Folgekosten:</b>				<b>526.352</b>	<b>526.352</b>	<b>526.352</b>			

#### **Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:**

Die Kosten werden aus dem Budget des Dezernates I vorfinanziert

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Durch die Ausweitung des Stellenplanes und damit einhergehend des Personalbestandes der Stadtverwaltung entsteht ein zusätzlicher Personalmehrbedarf im Personal- und Organisationsamt, der kurzfristig realisiert werden muss.

### Anlagen:

Berechnung des Personalbedarfes für die Bereiche Personalbetreuung Beschäftigte bzw. Beamte, Personalsteuerungsdienst sowie Stellenplan, Organisationsdienstleistungen und Personalberichtswesen

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1. im Rahmen des Stellenplanes 2018/2019 insgesamt 317 Planstellen neu geschaffen wurden und darüber hinaus im Zuge des bedarfsgerechten Ausbaus der Kinderbetreuung (u. a. Übernahme Kinderhaus Wiesbaden e. V.) ab dem Jahr 2018 voraussichtlich weitere Planstellen zu schaffen sind.
  - 1.2. dieser Zuwachs an neuen Planstellen zu einer deutlichen Personalausweitung führt, was eine erhebliche qualitative und quantitative Mehrbelastung für die Sachbearbeitung im Bereich der Personalbetreuung Beschäftigte und Beamte, im Bereich Personalsteuerungsdienst sowie im Bereich Stellenplan, Organisationsdienstleistungen und Personalberichtswesen bei dem Personal- und Organisationsamt nach sich zieht.
  - 1.3. die Fallzahlen und die Anforderungen im Bereich der Personalbetreuung bereits in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gestiegen sind, während die Personalausstattung nahezu unverändert geblieben ist.
  - 1.4. die bisherigen Fallzahlschlüssel im Bereich der Personalbetreuung nicht den seit Jahren gestiegenen Anforderungen gerecht wurden bzw. werden und insoweit auf einen einheitlichen Fallzahlschlüssel von 1:270 angepasst werden müssen, was gleichzeitig einen Personalmehrdarf nach sich zieht.
  - 1.5. der deutlich erhöhte zusätzliche Arbeitsaufwand, der sich aus den Auswirkungen des Stellenplanes 2018/2019 ergibt, nicht mit dem derzeit vorhandenen Personal in den unter 1.2 genannten Bereichen dauerhaft bewältigt werden kann und zusammen mit den unter 1.4 genannten Gründen insoweit einen Personalmehrbedarf ergibt, der ab dem Zeitpunkt der Genehmigung des Stellenplanes 2018/2019 realisiert werden muss.
2. Es wird beschlossen:
  - 2.1 Zum Stellenplan 2020/2021 werden bei dem Personal- und Organisationsamt im Bereich 110110 *Personalbetreuung Beschäftigte* 2 Planstellen im Umfang von 1,5 VZÄ für Sachbearbeiter/-innen im Stellenwert A 10/E 9c TVöD, im Bereich 110120 *Personalbetreuung Beamte/Beamtinnen und Versorgung* 2 Vollzeitplanstellen für Sachbearbeiter/-innen im Stellenwert A 11, im Bereich 110140 *Personalsteuerungsdienst* 1 Vollzeitplanstelle für eine/n Sachbearbeiter/-in im Stellenwert A 10 sowie im Bereich 110310 *Stellenplan*,

*Organisationsdienstleistungen und Personalberichtswesen* 1 Vollzeitplanstelle für eine/-n Sachbearbeiter/-in im Stellenwert A 12 geschaffen.

2.2 Die Planstellen können vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplanes 2020/2021 ab 01.07.2018 überplanmäßig besetzt werden.

2.3 Die Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 263.175 Euro (anteilig) für das Jahr 2018 sowie in Höhe von 526.352 Euro für das Jahr 2019 werden zunächst aus dem Budget des Dezernates I getragen. Sollte der jeweilige Budgetabschluss im Bereich der Personalkosten aufgrund dieser zusätzlichen Kosten ein Defizit aufweisen, wird mit Dezernat VI/20 eine Lösung erarbeitet. Für den Doppelhaushalt 2020/21 sind die Ansätze durch das Fachamt entsprechend anzumelden.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Schaffung von 317 zusätzlichen Planstellen im Stellenplan 2018/2019 sowie die schon jetzt kurz- und mittelfristig absehbare Schaffung weiterer Planstellen im Zuge des bedarfsgerechten Ausbaus der Kinderbetreuung (ca. 50 weitere zusätzliche Planstellen in 2018) hat u. a. zur Folge, dass es spätestens ab dem Zeitpunkt der Genehmigung des Stellenplanes 2018/2019 zu einer deutlichen Ausweitung des derzeitigen Personalbestandes durch entsprechende Neueinstellungen kommen wird. Dies wiederum führt unmittelbar zu einem erheblichen Mehraufwand im Personal- und Organisationsamt, vor allem im Bereich der Personalbetreuung Beamte und Beschäftigte, aber auch wegen den zu erwartenden zahlreichen organisatorischen Veränderungen im Bereich Stellenplan, Organisationsdienstleistungen und Personalberichtswesen.

Darüber hinaus führen die zum Stellenplan 2018/2019 beschlossenen zusätzlichen Planstellen bereits jetzt zu einer erheblichen Mehrarbeit im Bereich 110140 Personalsteuerungsdienst im Hinblick auf die Gewinnung des entsprechenden Personals. Die Fallzahlen bei Stellenausschreibungen und Besetzungsvorgängen sind vor diesem Hintergrund erheblich gestiegen und werden auch nach der Abarbeitung der zusätzlichen Einstellungen aufgrund der sich beschleunigenden Auswirkungen der demografischen Entwicklung (hohe Fluktuation) auf einem Niveau verbleiben, das mit der derzeitigen Personalausstattung im Bereich des Personalsteuerungsdienstes dauerhaft nicht leistbar sein wird. Hierzu wird auch der dann deutlich erweiterte Personalkörper beitragen, da die Zunahme an Planstellen immer auch mit einer erweiterten Fluktuation und damit einem zusätzlichen Besetzungsaufwand verbunden ist.

Zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben und zur Erhaltung der Leistungsqualität im Hinblick u. a. auf die Komplexität, Verbindlichkeit und Rechtssicherheit bei der Bearbeitung von dienst- und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten sowie auch bei der termingerechten Abwicklung der Entgeltzahlungen ist kurzfristig ein zusätzlicher Personalmehrbedarf im Bereich der Personalbetreuung erforderlich. Dabei ist u. a. auch zu berücksichtigen, dass z. B. die Fallzahlen und die Anforderungen in diesem Bereich bereits in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gestiegen sind, während die Personalausstattung nahezu unverändert geblieben ist, was letztlich zu einer sehr angespannten Personal-situation in den genannten Bereichen geführt hat. Beispielhaft sind hier die gravierenden Veränderungen/Neuerungen im Bereich der Personalbetreuung Beamte und Versorgung zu nennen, wie

- Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (DRModG) verbunden mit u. a. umfangreichen und komplizierten Übergangsregelungen zu Versorgungsabschlägen bei Dienstunfähigkeit oder bei Schwerbehinderung und mit einem Rechtsanspruch aller Beamt/-innen auf Erteilung von Versorgungsauskünften,

- Einführung des Altersgeldes als völlig neue zusätzliche Versorgungsart,
- Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag verbunden mit u. a. komplizierten und zeitintensiven Berechnungen bei mehreren Dienstherrnwechseln oder in Schwebefällen mit einer Versorgungslasteteilung nach altem Dienstrecht,
- Anstieg der Versetzungszahlen,
- Anstieg von Klage- und Widerspruchsverfahren bei den Verwaltungsgerichten.

In dem im vergangenen Jahr veröffentlichten Kommunalbericht 2015 des Hessischen Landesrechnungshofes wird als Bemessungsgrundlage für eine - wie im Bereich der Landeshauptstadt Wiesbaden praktizierte - ganzheitliche Personalsachbearbeitung (Personalverwaltung und -abrechnung) ein Fallzahlenschlüssel von 1:270 empfohlen. Im Vergleich dazu zeigt sich (ausgehend von dem VZÄ-IST), dass der Fallzahlenschlüssel bei der Landeshauptstadt Wiesbaden im Durchschnitt der letzten 8 Jahre im Bereich der Personalbetreuung der Beschäftigten bei 1:300 und im Bereich der Personalbetreuung Beamte und Versorgung bei 1:490 lag, was - ausgehend von dem o. g. Fallzahlenschlüssel von 1:270 - im Laufe der jeweiligen Jahre zu folgenden Minder- bzw. Unterbesetzungen geführt hat:

#### Personalbetreuung Beschäftigte (110110)

Jahr	Anzahl durchschnittliche Betreuungsfälle	VZÄ SOLL	VZÄ IST am 31.12.	Minderbesetzung
2010	4.897	18,14	16,04	-2,10
2011	4.878	18,07	16,13	-1,94
2012	4.902	18,16	16,13	-2,03
2013	4.925	18,24	16,03	-2,21
2014	5.007	18,54	15,61	-2,93
2015	5.109	18,92	17,14	-1,78
2016	5.175	19,17	18,41	-0,76
2017	5.262	19,49	18,67	-0,82

#### Personalbetreuung Beamte u. Versorgung (110120)

2010	2.083	7,71	4	-3,71
2011	2.079	7,70	4,01	-3,69
2012	2.084	7,72	4,01	-3,71
2013	2.076	7,69	4,02	-3,67
2014	2.068	7,66	4	-3,66
2015	2.062	7,64	4,39	-3,25
2016	2.056	7,61	4,24	-3,37
2017	2.048	7,59	5,24	-2,35

Der in diesem Zusammenhang ab 2018 errechnete Personalbedarf ergibt sich aus der Anlage 1.

Bei der Berechnung des Personalbedarfs für die beiden Bereiche der Personalbetreuung wurde berücksichtigt, dass die Kindergeldsachbearbeitung voraussichtlich in 2018 an die Familienkasse bei der Bundesagentur für Arbeit übergeht und es insoweit hierdurch zu einer erkennbaren Entlastung im Bereich der Personalbetreuung kommen wird.

Die Personalbemessung für den Bereich Stellenplan, Organisationsdienstleitungen und Personalberichtsbesen orientiert sich ausdrücklich nur an dem Zuwachs an Mitarbeiter/-innen bzw. Planstellen durch die Auswirkungen des Stellenplanes 2018/2019 sowie durch den Ausbau der Kinderbetreuung und basiert auf entsprechenden Benchmarks für Personal- und Organisationservice der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Eine Personalbemessung zu der Gesamthematik „Personalausstattung Organisation“ müsste im Zuge einer Neuausrichtung der Organisation (u. a. zentrale bzw. dezentrale Organisation, Zusammenführung mit IT, usw.) zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Bei der Berechnung der Personal- und Arbeitsplatzkosten wird davon ausgegangen, dass die zusätzlichen Planstellen ab dem Zeitpunkt der Genehmigung des Stellenplanes 2018/2019 (voraussichtlich ab 01.07.2018) besetzt werden können.

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

Im Zuge der demographischen Entwicklung wird es kurz- und mittelfristig zu einer erhöhten Fluktuation bei dem aktuellen Personalbestand der Stadtverwaltung in der Weise kommen, dass zunehmend mit altersbedingten Abgängen zu rechnen ist, die durch entsprechende Zugänge zeitnah kompensiert werden müssen.

## **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## **IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Die Mehrarbeit durch den Aufgabenzuwachs der letzten Jahre und die Stellenneuschaffungen in 2018/19 können mit dem vorhandenen Personal nicht abgefangen werden. Durch die Personalaufstockung profitieren alle Ämter und Dezernate, die die Dienstleistungen des Personal- und Organisationsamtes in Anspruch nehmen. Sollte diese Aufstockung am Jahresende zu einer Überschreitung der Personalkosten des Dezernates I führen, wird mit Dezernat VI eine Lösung erarbeitet.

## **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 9. April 2018  
110310 ☎ 4126 bi

G e r i c h  
Oberbürgermeister